

TOP 6 – MÖGLICHE STELLUNGNAHME DES SENATS ZUR GLOBALEN MINDERAUSGABE

Unterlage für die 145. Sitzung des Senats der Leuphana Universität Lüneburg (4. Sitzung im Wintersemester 2019/20) am 22. Januar 2020.

Drucksache-Nr.: 710/145/4 WiSe 2019/20

Ausgabedatum: 17. Januar 2020

Sachstand

Die Studierenden im Senat schlagen dem Senat vor, den unter Anlage 1 beigefügten offenen Brief „Stellungnahme zur globalen Minderausgabe“ zu unterstützen. Der Senat möge beraten, wie er mit diesem Vorschlag umgehen möchte bzw. welche Alternativen es hierzu möglicherweise gibt.

In Anlage 2 befindet sich außerdem zur Information des Senats ein Brief zur globalen Minderausgabe, den der Vorsitzende des Stiftungsrats Dr. Volker Meyer-Guckel am 16. Januar an den niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kultur Björn Thümler gerichtet hat. Ministerpräsident Stephan Weil und Finanzminister Reinhold Hilbers haben diesen Brief zur Kenntnis erhalten.

Beschlussvorschlag

Der Senat der Leuphana Universität Lüneburg unterstützt den an die Landesregierung und den Ministerpräsidenten gerichteten offenen Brief „Stellungnahme zur globalen Minderausgabe“ gem. Anlage 1 zur Drucksache-Nr.: 710/145/4 WiSe 2019/20 und unterzeichnet diesen.

Anlage

1. Offener Brief: Stellungnahme zur globalen Minderausgabe
2. Brief des Vorsitzenden des Stiftungsrats an Minister Björn Thümler

Hannover, den 18.12.2019

Offener Brief: Stellungnahme zur globalen Minderausgabe

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,
sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung,

mit großer Sorge verfolgen wir die aktuellen Entwicklungen der von Ihnen geplanten globalen Minderausgabe. Unser Augenmerk liegt dabei besonders auf den 17,4 Millionen Euro, welche das Ressort Wissenschaft und Kultur im nächsten Jahr belasten sollen, was mit einer geplanten Manifestierung der Minderung um jährlich 24 Millionen Euro zusätzlich verschärft wird.

Wir, als Studierendenvertretungen der Niedersächsischen Hochschulen und als Hochschullehrerbund sehen dadurch den Studien- und Wissenschaftsstandort Niedersachsen in großer Gefahr.

Mit Ihrer Koalitionsvereinbarung, unter dem Titel „Für Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt“, haben Sie sich als regierende Parteien im Jahr 2017 dazu bekannt, die Finanzierung der wissenschaftlichen Einrichtungen sicherzustellen (587f.). Außerdem haben Sie den Hochschulen und Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen versprochen, die Grundzuweisung der Hochschulen aufzustocken (659ff.). Diese Versprechen an die Bevölkerung brechen Sie durch die Einsetzung der globalen Minderausgabe.

Die von Ihnen geplanten Einsparungen bedeuten eine Minderung der Qualität in Lehre und Forschung und damit einhergehend eine Bedrohung der sichergestellten Lehrangebote. Personalkürzungen und verminderte Lehrkapazitäten stehen den, ohnehin im Bundesvergleich unterfinanzierten, niedersächsischen Hochschulen bevor. Zudem werden die jetzt schon knappen und überstrapazierten personellen Ressourcen dadurch noch größeren Belastungen ausgesetzt.

Während andere Bundesländer zusätzliche Investitionen und Erhöhungen der Grundzuweisungen vorgenommen haben, steht uns in Niedersachsen der Abbau von Studienplätzen bevor. All dies geschieht in einer Zeit, in der wir große Herausforderungen wie einen massiven Fach- und Lehrkräftemangel bewältigen müssen.

Keineswegs können so „gesellschaftliche Herausforderungen bei Mobilität, Gesundheit, Energiewende, demografischem Wandel sowie der Fachkräftemangel bewältigt und die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung gewinnbringend für alle Menschen im Land genutzt werden“ (598ff.).

Herr Ministerpräsident, wir appellieren eindringlich an Sie, politische Verantwortung zu übernehmen und die notwendigen Einsparungen nicht auf die Haushalte der Hochschulen umzulegen, damit die Sparmaßnahmen nicht auf dem Rücken von Studierenden, Wissenschaft und Forschung ausgetragen werden.

Mit freundlichen Grüßen

LandesAstenKonferenz Niedersachsen (LAK)
als Koordinator*innen Stephan Buchberger und Lone Grotheer

freier zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V.

Die studentischen Senator*innen der:

- TU Braunschweig
- Universität Göttingen
- Hochschule Hannover
- Medizinische Hochschule Hannover
- Universität Hildesheim
- Universität Lüneburg
- Hochschule Osnabrück
- Universität Osnabrück
- Hochschule Ostfalia

Hochschullehrerbund hlb – Landesverband Niedersachsen e. V.

für den Landesvorstand Prof. Dr.-Ing. Volker Piwek, Prof. Dr.-Ing. Martin Grotjahn, Prof. Dr. Karin Lehmeier



Leuphana Universität Lüneburg · Stiftungsrat · Universitätsallee 1 · 21335 Lüneburg

Dr. Volker Meyer-Guckel
Vorsitzender des Stiftungsrats

Herrn
Minister Björn Thümler
Niedersächsisches Ministerium für
Wissenschaft und Kultur
Leibnizufer 9
30169 Hannover

Leuphana Universität Lüneburg
Stiftungsrat
Universitätsallee 1
21335 Lüneburg

Fon 04131.677-1000
Fax 04131.677-1090
Volker.Guckel@stifterverband.de

www.leuphana.de

16. Januar 2020

Globale Minderausgabe an Niedersächsischen Hochschulen

Sehr geehrter Herr Minister Thümler,

der Stiftungsrat der Stiftung Universität Lüneburg hat auf seiner letzten Sitzung am 19.12.2019 die geplante Umsetzung der globalen Minderausgabe für das Ressort Wissenschaft und Kultur ab dem Jahr 2020 mit großer Sorge zur Kenntnis genommen.

Auch aus Sicht des Stiftungsrats stellt die globale Minderausgabe nicht nur die Entwicklung der Leuphana Universität Lüneburg vor weitere Herausforderungen, sondern gefährdet den Studien- und Wissenschaftsstandort Niedersachsen insgesamt, und dies angesichts der Aktivitäten anderer Länder umso mehr.

Die Grundfinanzierung der meisten niedersächsischen Hochschulen ist seit über einem Jahrzehnt mit Ausnahme regulärer Tarifsteigerungen und der Finanzierung von GHR300 unverändert, was inflationsbedingt einer faktischen Kürzung entspricht. Der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf der niedersächsischen Hochschulen beläuft sich nach Einschätzung der sogenannten „Krull-Kommission“ auf rund vier Milliarden Euro (ohne den Bereich Medizin). Dies wirkt zunehmend als Wettbewerbsnachteil: Forschungskapazitäten werden geschwächt, die Berufung und Gewinnung von qualifiziertem Personal sowohl für Professuren als auch weiteren Positionen wird erschwert; es entstehen negative Auswirkungen auf die Studienbedingungen und für strategische Weiterentwicklungen stehen nur noch begrenzte Ressourcen und Kapazitäten zur Verfügung.

Gleichzeitig sehen sich die Hochschulen einem zunehmenden nationalen und internationalen Wettbewerb ausgesetzt und müssen sich immer stärker in ihren verschiedenen Aufgabenbereichen profilieren. Auch die politischen und gesellschaftlichen Forderungen an die Hochschulen haben zugenommen, etwa im Hinblick auf die Verbesserung der Befristungssituation der Beschäftigten, die Ausrichtung der Studiengänge auf veränderte Arbeitsmarktbedarfe, die Gewinnung neuer sozialer Gruppen für ein Studium oder die Erbringungen von weiteren konkreten Beiträgen und Lösungsvorschlägen für aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen.

Die geplanten zusätzlichen Einsparungen über die globale Minderausgabe verstärken Disparitäten zwischen den schon jetzt unterfinanzierten niedersächsischen Hochschulen und den Hochschulen anderer Bundesländer. Sie bedrohen die Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit der niedersächsischen Hochschulen erheblich. Weitere Einsparungen verhindern die notwendige Mitfinanzierung im Rahmen von Förderprogrammen, behindern damit die Teilnahmemöglichkeiten und riskieren, zukünftig den Anschluss in der Hochschullandschaft strukturell zu verlieren. Schon im Rahmen der letzten Exzellenzinitiative hat sich keine niedersächsische Hochschule als Exzellenzuniversität durchsetzen können.

Die sich daraus für den Studien- und Wissenschaftsstandort Niedersachsen ergebende Gefahr wächst weiter angesichts der zusätzlichen Investitionen und Erhöhungen der Grundzuweisungen anderer Bundesländer für die Wissenschaft. Die bayerische Landesregierung hat etwa eine Forschungsoffensive ausgerufen und beabsichtigt, zusätzlich zwei Milliarden Euro bereitzustellen, unter anderem zur Schaffung von bis zu 1.000 Professuren und 10.000 Studienplätzen. Dass das Land Niedersachsen unmittelbar nach Abschluss des "Zukunftsvertrages Studium und Lehre" Kürzungen bei den Hochschulen vornimmt, wird zukünftige Verhandlungen mit dem Bund unnötig belasten. Dabei stehen dem Land mit der neuen Bundesergänzungszuweisung-Forschung zusätzliche Mittel zur Verfügung, die im Wissenschaftsbereich eingesetzt werden sollten. Die strategische Kurzsichtigkeit der jetzigen Entscheidung bereitet uns auch deshalb Sorgen, weil es in Niedersachsen doch wohl Überlegungen gibt, zu einem geeigneten Zeitpunkt zum Thema Hochschulbau und -sanierung in Gespräche mit der Bundesseite einzutreten.

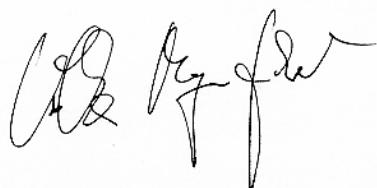
Jeweils aus ihrer Sicht haben die Landeshochschulkonferenz des Landes Niedersachsen, die Landeshochschulpersonalrätekonferenz Niedersachsen sowie die LandesAstenKonferenz Niedersachsen mit weiteren Unterstützer*innen im Dezember 2019 und Januar 2020 in eigenen Schreiben zur globalen Minderausgabe Stellung genommen.

Der Stiftungsrat der Stiftung Universität Lüneburg möchte seinerseits dringend empfehlen, dass von den geplanten Einsparungen im Hochschulbereich abgesehen wird, um die bestehenden Belastungen und Herausforderungen der niedersächsischen Hochschulen nicht zu vergrößern und den Studien- und Wissenschaftsstandort Niedersachsen nicht noch weiter zu gefährden.

Der Stiftungsrat spricht sich dafür aus, die mit der Fortschreibung des Hochschulentwicklungsvertrags beabsichtigte langfristige finanzielle Planungssicherheit für die niedersächsischen Hochschulen verlässlich zu gewährleisten sowie die Finanzierung der niedersächsischen Hochschulen und damit auch der Leuphana Universität Lüneburg zu verbessern, wie es die Landesregierung im Jahr 2017 beabsichtigt hatte.

Ministerpräsident Weil und Finanzminister Hilbers erhalten zu ihrer Information eine Kopie dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Volker Meyer-Guckel